

GRAZER Stadtblatt



KOMPAKT

Ausgabe 5, Mai/Juni 2022 • Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs • Rathaus, Hauptplatz 1, Zimmer 236

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht

Kürzung bei Werbeausgaben

Um die Bevölkerung in Zeiten der Rekord-Teuerung entlasten zu können, spart die Grazer Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ bei Werbe- und Repräsentationsausgaben.

Unter der schwarz-blauen Vorgängerregierung ist man bei den Ausgaben für Marketing nicht sorgsam umgegangen. Gondel- und U-Bahn-Ideen, die schließlich verworfen wurden, und selbst sinnvolle Projekte wie das Sportjahr oder das Kulturjahr, mussten für die Selbstdarstellung der Politik herhalten. „Das haben wir jetzt geändert“, sagt Bürgermeisterin **Elke Kahr**. „So wird zum Beispiel das Budget für die Öffentlichkeitsarbeit um 160.000 Euro gekürzt. Noch einmal so viel wird bei den Repräsentationsausgaben im Rathaus eingespart“, erklärt Kahr.

Marketing der Holding künftig sparsam und zielgerichtet

Fast 3 Millionen Euro hat die Holding Graz bislang jährlich für Sponsoring ausgegeben. Um 625.000 Euro oder 17 Prozent wird das nun zurückgefahren. „Keine Sorgen müssen sich aber kleine Vereine oder Veranstalter machen, die in ihrer wichtigen Arbeit auf diese Sponsorgelder angewiesen sind“, betont Beteiligungs- und Finanzstadtrat



FOTO: JULIA PRASSL

Manfred Eber. „Künftig werden soziale und ökologische Aspekte stärker berücksichtigt werden“, so Eber.

Keine Politwerbung auf Stadtkosten

Auch für die Eigenwerbung der Politik gibt es weniger Geld. Inserate sollen der Information der Bevölkerung dienen. Alles andere darf künftig nicht mehr aus den Ämtern und Abteilungen finanziert werden. Denn das sogenannte „Kopfverbot“, das von ÖVP und FPÖ abgeschafft wurde, wird wieder eingeführt. „So stellen wir sicher, dass Politiker und Politikerinnen sich nicht mehr an ihrem Amtsbud-

get bedienen, um sich selbst in den Mittelpunkt zu stellen. Für politische Öffentlichkeitsarbeit gibt es schließlich Parteien- und Klubförderungen“, erklärt KPÖ-Gemeinderätin **Daniela Katzensteiner**.

Keine Inserate mehr in Parteimedien

Genau festgelegt ist nun, in welcher Art von Medien inseriert werden darf – und in welcher nicht, nämlich in Medien politischer Parteien. Aufgehoben wird auch die „Ausnahme“ für Bezirkszeitungen. Damit wird ein Schlupfloch geschlossen, mit dem die ÖVP in den letzten Jahren Einnahmen für

die Partei aus städtischen Tochterfirmen lukrierte.

Klubförderung der Parteien für Soziales

Bereits im Dezember wurde die Klubförderung für alle im Rathaus vertretenen Parteien um zehn Prozent gekürzt. Die frei gewordenen Mittel von 127.000 Euro werden 2022 für den „Graz hilft“-Fonds im Sozialamt zweckgewidmet.

Die KPÖ gibt seit Jahren einen Großteil ihrer Klubförderung an die Bevölkerung zurück – etwa durch die Unterstützung von Grazer:innen in Notlagen oder das Aufstellen von Bankerln.

Vernetzungstreffen für inklusives Freizeit Café



FOTO: VICTORIA NEKREPP

Im soziokulturellen Zentrum „Die Brücke“ hat ein erstes Vernetzungstreffen für ein „Grazer Freizeit Café von Menschen mit Behinderung“ stattgefunden. Sowohl Selbstvertreter:innen aus dem Behindertenbereich, Mitarbeitende diverser Trägerorganisationen und Menschen aus der Zivilgesellschaft loteten erste Ideen für dieses innovative Inklusionsprojekt aus. Schnell war klar, dass man sich nicht nur auf den Behindertenbereich alleine ausrichten möchte,

sondern auch anderen Gruppen Raum für Austausch und Empowerment zur Verfügung stellen möchte.

„Nach intensiver Diskussion war allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen die Leidenschaft für das Projekt anzumerken. Mit der Veranstaltung wurde ein wichtiger Schritt in Richtung inklusiver Alltagsgestaltung gesetzt“, freut sich Inklusionssprecher **Philipp Ulrich** über den erfolgreichen Projektstart. Weitere zeitnahe Treffen sind bereits in Planung.

Kompetenz-Wirrwarr bei Kindergärten



FOTO: TOLMACHOV, PIXABAY

Die Verantwortung für Kinderbildung und -betreuung wird vom Land Steiermark und der Stadt Graz in den letzten Jahren zu einem beträchtlichen Anteil in die Hände privater Träger gelegt. Das sorgt zunehmend für Probleme. Beispielsweise suchen Bauträger beim Land Steiermark um Bewilligungen an, Siedlungen mit Kindergärten bauen zu können. Gibt es im betroffenen Gebiet eine Unterversorgung an Kinderbildungs- und -betreuungsplätzen, erhält der Bauträger einen Baukostenzuschuss. Der Bauträger baut und fragt private Träger, ob diese den Kindergarten bzw. die Kinderkrippe führen wollen. Daraufhin muss der private Träger dann mit der Abteilung für Bildung und Integration

(ABI) sprechen, ob der neue Standort in das städtische Tarifsystem aufgenommen wird. Dann entscheidet die ABI nach eigenen Kriterien. Dass die ABI nicht gleich zu Beginn in den Entscheidungsprozess miteinbezogen wird, führt zu viel Frustration.

„Offenbar weiß die rechte Hand nicht, was die linke tut“, kritisiert KPÖ-Bildungssprecherin **Mina Naghibi**. Darum hat sie beim zuständigen Stadtrat **Kurt Hohensinner** (ÖVP) beantragt, Möglichkeiten zu erarbeiten, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Land Steiermark, der Stadt Graz und den privaten Trägern künftig transparent, bedarfsorientiert, und unter möglichst früher Einbeziehung des ABI gestaltet werden kann.

Diskriminierungsschutz muss wirksam sein

Beim Schutz vor Diskriminierung herrscht in Österreich Verbesserungsbedarf. So gibt es derzeit keinen gesetzlichen Schutz, wenn Personen beim Zugang und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen aufgrund des Alters, des Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, der Religion oder der Weltanschauung benachteiligt oder belästigt werden. Das gilt auch für den Bereich des Sozialschutzes, bei sozialen Vergünstigungen und bei der Bildung.

„Wesentlich ist, dass Menschen in unterschiedlichen Lebensbereichen keinen Diskriminierungen und Beläs-

tigungen ausgesetzt werden dürfen. Darum braucht es eine Vereinheitlichung des Gleichbehandlungsrechts, denn die bestehende Kompetenzaufteilung in der Bundesverfassung führt dazu, dass es 21 unterschiedliche Gesetze in Österreich gibt, was somit auch zu Umsetzungslücken führt“, sagt **Uli Taberhofer**. Im Gemeinderat hat sie sich für eine bundesweite Verheitlichung der Gesetze eingesetzt.

Damit soll ein generelles Diskriminierungsverbot verankert werden, das gleichen Schutz vor allen Formen der Diskriminierung bietet und dadurch auch einen niederschweligen Zugang zum Recht ermöglicht.

Jugendstrategie

Im Gemeinderat ist eine neue Jugendstrategie einstimmig beschlossen worden. Während sich das 44-seitige Papier an vielen Stellen sehr sinnvoll liest, finden sich darin auch ein paar Kritikpunkte, erklärt KPÖ-Jugendsprecher **Simon Gostentschnigg**.

„Ich sehe die Tendenz, immer neue Projekte starten zu wollen, obwohl es zuerst eine Stärkung der Basis braucht, nämlich der Jugendzentren und deren Kernaufgaben“, sagt

Gostentschnigg. Als besonders wichtig erachtet er, die Förderungen zu indexieren, also automatisch im Ausmaß der Inflation anzuheben. Auch mehrjährige Förderverträge im Sinne der besseren Planbarkeit wären dringend notwendig. In der Strategie von Jugendstadtrat **Kurt Hohensinner** (ÖVP) ist beides allerdings nur für die neue „digitale Jugendarbeit“ angeregt, nicht jedoch für die Jugendzentren, kritisiert der Kommunist.

»Wir wollen nicht die Investoren erfreuen«

Die neue Grazer Stadtregierung hat von ihren schwarz-blauen Vorgängern noch einige Altlasten in Form von Bebauungsplänen geerbt, die sich bereits seit langem in öffentlicher Auflage befinden. Gemeinsam arbeiten KPÖ, Grüne und SPÖ daran, diese im Sinne der Grazer Bevölkerung zu verbessern.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Thema Bauen ist ein zentrales Versprechen der Grazer Stadtkoalition. Besonders auf Aspekte wie Klimaschutz, aktive Mobilität, Baumschutz, bedarfsgerechtes Bauen sowie einem sensibleren Umgang mit Ortsbild und Gebietscharakteristik legt man besonders wert.

„Wir sehen uns nicht in der Verpflichtung, Investoren zu erfreuen, sondern wollen die Menschen, die in Graz leben, zufrieden stellen“, betont KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunersreuther** bei einer gemeinsamen Pressekonferenz der Stadtplanungssprecher der SPÖ und Grünen.

Bei neuen Verfahren können diese Grundsätze gut umgesetzt werden. Bei älteren Projekten, die zum Teil bereits vor vielen Jahren gestartet wurden, sind die Eingriffsmöglichkeiten aber zu einem großen Teil begrenzt. Zum einen gibt es eine 18-monatige Frist für die Erstellung von Bebauungsplänen, zum anderen bindet das rechtsstaatliche Prinzip an bereits gefallene Gemeinde-ratsbeschlüsse.

Derzeit liegen neun Bebauungsplanentwürfe vor, die bereits vor der Wahl im vergangenen September in Be-



Manuel Lenartitsch (SPÖ), Christine Braunersreuther (KPÖ) und Karl Dreisiebner (Grüne) stellen sich gegen die Grazer Bauwut.

gutachtung und Auflage waren und für die Beschlussfassung im Gemeinderat vorbereitet werden. Vier sind aktuell zur Begutachtung aufgelegt. Weitere Entwürfe befinden sich in unterschiedlichen Stadien der Erarbeitung.

Der Prozess der Erstellung eines Bebauungsplanes ist komplex. Bis ein beschlussfähiger Konsens zustande kommt, haben die Bauwerber:innen oft Zugeständnisse gemacht, die verloren wären, würde man die Projekte zurück an den Start schicken. Aus diesen Gründen sind meist nur inhaltlich kleinere Eingriffe und Qualitätsverbesserungen in laufenden Verfahren möglich. Die werden von KPÖ, Grünen und SPÖ jedoch konsequent eingefordert und umgesetzt werden.

Drei Beispiele

1. Das Projekt Schwarzer Weg ist seit 2016 in Bearbeitung. Heute würde man dieses Projekt anders entwickeln, aber der Antragsteller könnte wegen Fristverzögerung die Aufhebung der Bebauungsplanpflicht einklagen und somit bauen wie er will. Es ist aber gelungen Nahversorgungsflächen, eine Kinderbetreuungseinrichtung, einen öffentlichen Park oder auch

eine Busumkehrschleife in den Plan aufzunehmen.

2. Der Bebauungsplan für das Ortszentrum von St. Peter ist bereits in der Auflage wegen des geplanten Abbruchs des ehemaligen Gasthauses Pichlmaier intensiv öffentlich diskutiert worden. Im aktuellen Bebauungsplan wird nun darauf Rücksicht genommen, die kleinteilige Struktur des Ortszentrums von St. Peter zu erhalten.
3. Im Sommer 2021 wurde ein Entwurf zur Bebauung des Areals Josef-Huber-Gasse-Kindermann-gasse-Idlhofgasse aufgelegt. Aufgrund einer unüblich hohen Zahl an Einwendungen wird das Projekt zurück an den Start geschickt. Hier wird ein Pilotprojekt mit Bürger:innenbeteiligung starten.

Zukunft

Ziel der Stadtregierung ist es, in der örtlichen Raumplanung flächendeckende Qualitätssicherungsmaßnahmen einzuführen. Darum werden verschiedene städtebauliche Instrumente, wie etwa der Flächenwidmungsplan, das Stadtentwicklungskonzept oder die Bebauungsplanung, einer raschen Revision unterzogen.

KOMMENTAR



Liebe Grazerinnen und Grazer!

Die Kosten von Strom, Energie und Lebensmitteln steigen, auch Dienstleistungen werden teurer. Es ist jetzt die wichtigste Aufgabe der Politik, den Menschen unter die Arme zu greifen.

In Graz bauen wir deshalb die Leistungen der Stadt aus. Wer ein geringes Einkommen hat, kann über die SozialCard um 50 Euro eine Öffi-Jahreskarte kaufen und viele Leistungen kostenlos oder zu geringen Tarifen in Anspruch nehmen. Der Heizkostenzuschuss wurde erhöht, die Tarifierhöhungen bei Kanal und Wasser wurden 2022 ausgesetzt, ebenso die Erhöhung der Mieten in den städtischen Gemeindewohnungen. Die Gemeinden alleine können aber das Problem nicht lösen. Der Energiegutschein ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Oft hängt die Kostenexplosion gar nicht mit der Knappheit von Rohstoffen zusammen, sondern mit Spekulation, die die Preise in die Höhe treibt. Der Markt macht einige reich, aber auf Kosten der Allgemeinheit. Einige Länder haben Preise bereits gesetzlich begrenzt. Das habe ich auch für Österreich vorgeschlagen: Wir brauchen eine gesetzliche Preisregulierung für Güter des täglichen Bedarfs. Und es ist auch nicht nachvollziehbar, dass Konzerne jetzt riesige Gewinne einfahren, während sich viele die Stromrechnung nicht mehr leisten können.

Ihre Bürgermeisterin Elke Kahr

SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

Rathaus, 2. Stock

Tel.: 0316 872-2000

Mail: buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at

Graz setzt weitere Schritte für leistbares Wohnen

Die Mietzinszahlung in Gemeindewohnungen wird verbessert und mehr leistbarer Wohnraum geschaffen.

Das Wohnen zählt zu den wesentlichen Preistreibern. Auf Initiative von Bürgermeisterin Elke Kahr, die für das städtische Wohnen zuständig ist, steuert Graz diesem Trend entgegen.

Mietzinszahlung verbessert

„Die Mietzinszahlung soll sicherstellen, dass Mieter:innen von Gemeindewohnungen grundsätzlich nicht mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für das Wohnen ausgeben müssen“, erklärt Bürgermeisterin **Elke Kahr**. Von der Regelung umfasst sind stadteigene Wohnungen und solche im Übertragungswohnbau. Dieses wichtige Instrument wird nun in drei Punkten verbessert.



FOTO: CONCEPTDESIGN, PIXARBY

1. Die Größe der Wohnung spielt in Bezug auf die Personenanzahl künftig keine Rolle mehr.
2. Die Einkommensgrenze bei Einpersonenhaushalten wird von monatlich 1.000 auf 1.300 Euro netto angehoben und wertgesichert.
3. Neben den Betriebskosten werden nun auch die Heizkosten mit der tatsächlichen Höhe und nicht wie bisher in manchen Fällen mit einem Durchschnittswert einbezogen. Wer hohe Heizkosten hat,

wird so nicht mehr benachteiligt. Das hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Jakomini: neue, leistbare Wohnungen

„Bei der Kreuzung Kasernstraße/Trattenweg in Jakomini sollen 80 neue leistbare Gemeindewohnungen, bei denen die Stadt Graz über ein Zuweisungsrecht verfügt, Räumlichkeiten für einen Nahversorger und ein Park entstehen“, erklärt Kahr. Das hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Auch Land und Bund müssen handeln

Auch wenn die Stadtregierung aus KPÖ, Grünen und SPÖ viele Maßnahmen gegen die Teuerung beim Wohnen trifft, müssen auch Bund und Land dringend aktiv werden. Schon seit vielen Jahren fordert die KPÖ fixe Mietzinsobergrenzen, die die Bundesregierung gesetzlich festlegen könnte, wie das ja schon bei Altbauten der Fall ist.

Eine wichtige Entlastung wäre auch eine Anhebung der Wohnunterstützung durch das Land Steiermark. Denn die wurde seit sage und schreibe elf Jahren nicht mehr erhöht. Die Wohnkosten hingegen sind in dieser Zeit um mehr als 30 Prozent gestiegen. „Doch statt den Missstand endlich zu beheben, haben ÖVP und SPÖ im Landtag gegen den Antrag der KPÖ gestimmt, diese Beihilfe endlich anzupassen“, ärgert sich KPÖ-Landessprecherin **Claudia Klimt-Weithaler**.

Graz kommt zusammen

Am Vatertag, also am Sonntag, den 12. Juni, findet in der Grazer Seifenfabrik ab 12 Uhr **Ein Fest für alle** statt. Niemand soll ausgeschlossen sein, alle Grazer:innen sind herzlich eingeladen, einander kennenzulernen, sich auszutauschen, mitzufeiern, und hautnah die Vielfalt und das bunte Graz in all seine Facetten zu erleben.

Bürgermeisterin **Elke Kahr** und Integrationsstadtrat **Robert Krotzer** werden das „Fest für alle“ eröffnen. In der „Straße der Vielfalt“ präsentieren mehr als 80 Aussteller:innen ihre Arbeit. Hier können sich die Festgäste miteinander vernetzen. Vereine, Initiativen und Organisationen



FOTO: BOB DMT, PIXARBY

aus den Bereichen Ehrenamt, Migration, Integration und Psychosoziale Gesundheit stellen ihre Arbeit vor.

Vielfältiges Programm

Um 14 Uhr werden bei der Übergabe des Ehrenamtspreises „fee-Award“ drei ehrenamt-

liche Projekte für ihre Leistungen ausgezeichnet.

Ab 15 Uhr gibt es Live-Musik mit den Grazer Bands **Masala Brass Kollektiv**, **Original Union Bar**, **Montevideo** und **Mas-ta**. Aussteller:innen aus den Bereichen Ehrenamt, Migrations- und Integrationsvereine und Psychosoziale Angebote zeigen das bunte Graz. Essen aus aller Welt und alkoholfreie Getränke stellt das Integrationsreferat der Stadt Graz kostenlos zur Verfügung. „Im Mittelpunkt stehen das Miteinander-Feiern, der Austausch und der Zusammenhalt“, freut sich Stadtrat Krotzer auf das Fest.

Infos: www.graz.at/zusammen